

BigData im BMLVS

Sind unsere Personaldaten geschützt?

Im März 2015 veröffentlichte die Bundesrechenzentrum GmbH ihr White Paper zu „Big Data“ in der Öffentlichen Verwaltung. Bereits ein halbes Jahr später leitete SPÖ-Minister Klug mit einer Weisung an den Generalstab die Überleitung des heeresinternen Personalmanagementsystems PERSIS-NT (samt anderer zusammenhängender Anwendungen im BMLVS) in das Personalmanagement des Bundes (PM-SAP) ein. Am 26. Jänner 2016 wurde überraschend erstmals ein eigenes „Staatssekretariat für Digitales“ eingerichtet. SPÖ-Staatssekretärin Stebl, zuständig für die Verwaltung und den Öffentlichen Dienst im Bundeskanzleramt, übernahm zusätzlich den Bereich „Digitales“. Mit Einleitung der digitalen Volksregisterzählung 2011 und der Zusammenführung von personenbezogenen Datenregistern aller Bürger scheint nun der Abschluss für das Gesamt-BigData-Projekt der Republik Österreich bevorzustehen.

Grundlage für die Entscheidung im BMLVS ist eine vorgeschlagene Lösungsvariante des Generalstabes aus dem Jahr 2015. Diese Lösungsvariante soll in einem Generalstabsprojekt mit dem Namen „Change Management IT 2020“ (CMIT 2020) unter Einbindung der Linienorganisation und ziviler Experten umgesetzt werden. Notwendig wurde diese Maßnahme gemäß Minister Klug durch Änderungen in der strategischen Ausrichtung des Bundes und eingehender Gesetze wie dem Bundeshaushaltsgesetz 2013 und dem IKT-Konsolidierungsgesetz 2012.

Eine weitere treibende Kraft im Bund ist das Projekt „Human Resources Shared Services HRS“, womit die Schnittstellen zwischen den IKT-Systemen des Bundes (Bundesrechenzentrum – BRZ) und dem BMLVS als zweckmäßig aufgezeigt wurden. Die „SAP-HRS Studie“ schlägt die Transformation der Personalmanagementsysteme des BMLVS vor. Betroffen sind davon nicht nur PERSIS-NT sondern alle davon abhängigen IT-Applikationen des BMLVS. Somit könnte auch für das ELAK-KIS, das derzeit als interne Applikation des BMLVS läuft, die letzte Stunde geschlagen haben.

Minister Klug hat jedoch einige spezielle Vorgaben für diese Überleitung definiert und per Weisung angeordnet.

- Die Autarkie des BMLVS zur Erfüllung der im Wehrgesetz festgelegten Aufgaben im In- und Ausland ist grundsätzlich zu erhalten.
- Standardisierter Software und diesbezüglicher Verfahren ist Vorrang vor Eigenentwicklungen zu geben.

entwicklungen zu geben.

- **Frei werdende IT-Ressourcen** (Anmerkung Red.: Damit sind wohl auch Bedienstete im KdoFüU gemeint) sind mittelfristig für die Führungsunterstützung von Streitkräften einzusetzen.
- Die **intensive Zusammenarbeit** mit dem Finanzministerium und dessen Bundesrechenzentrum (BRZ) wird empfohlen.

BigData-Projekt der Bundesverwaltung als Servicedienst der Bürger oder eine riesige rasterfähigere Staatsdatenbank?

Das BRZ schreibt in seinem „White Paper“ vom März 2015:

„Bürger/innen und Unternehmen fordern von der öffentlichen Verwaltung einerseits die hohe Servicequalität und Effizienz, die sie aus Angeboten der Privatwirtschaft von Amazon bis Google gewohnt sind, andererseits einen besonders hohen Datenschutz. Diese Gratwanderung zu schaffen ist eine der Herausforderungen für eine moderne öffentliche Verwaltung, denn im Gegensatz zur Privatwirtschaft stellen Bürger/innen und Unternehmen der öffentlichen Verwaltung ihre Daten meist nicht freiwillig zur Verfügung.“

Der Gesetzgeber hat jedoch vorgesorgt. Trotz Datenschutzgesetz 2000 und Bereichsabgrenzungen im E-Government-Gesetz gibt es Möglichkeiten zur gesetzeskonformen Nutzung von Daten. „Nicht-personebezogene Daten“ sind nicht vom Datenschutzgesetz erfasst. Bei der Verarbeitung anonymisierter, pseudoanonymisierter oder zulässigerweise veröffentlichter Daten gelten die schutzwürdigen Geheimhaltungsinteressen grundsätzlich als nicht verletzt.

Was soll der Zugriff auf BigData-Daten und Analysen des Staates den Bürgern bringen?

Dazu schreibt das BRZ in seinem „White Paper“:

„Durch die Integration unterschiedlicher Kommunikationskanäle und den Zugriff auf verschiedenste Datenquellen können Anfragen konsistenter, qualitativ hochwertiger und effizienter bearbeitet werden. Dabei können im besten Fall aus dem gewaltigen Pool an vorhandenem Wissen (z. B. Verwaltungsanwendungen wie dem ELAK, aus dem Internet oder aus bisherigen Antworten etc.) sogar Antwortvorschläge automatisch erstellt werden.“

Als Beispiele werden eine mögliche automatische Ummeldung bei Umzug im Melderegister, oder die automatisierte Anweisung der Kinderbeihilfe ab Geburt

oder auch die automatisierte Befüllung von amtlichen Formularen aus verschiedenen vorhandenen staatlichen Datenquellen genannt. Aber auch das Innenministerium meldet seine Interessen bei der Terror- und Kriminalitätsbekämpfung an. Korruption und Cyber-Crime könnten durch BigData-Analysten und SAP-Forensiker besser bekämpft werden. Das Finanzministerium sieht Vorteile bei den Ermittlungen zur Steuerhinterziehung, zur Geldwäsche sowie zum Glücksspiel und Wettbetrug. Es werden auch Vorteile zur Bewältigung des Katastrophenschutzes und der Landesverteidigung erkannt. Ein nicht unwichtiger Faktor zu möglichen Datenzugriffen besonders im BMLVS, ist die BigData-Datenauswertung/Analyse im Bereich der Forschung, dem Wissensmanagement und der Zentraldokumentation.

Für den Bereich des BMLVS wäre hier sowohl die Datenschutzkommission, der Datenschutzrat, aber auch der Zentralausschuss des BMLVS mit dem Datenschutzkonzept für die Überleitung der Personaldaten aus dem PERSIS-NT in das neue SAP-Personalsystem (PM-SAP) zu befassen. Im Zuge dieser Befassung sind die genauen Zugriffsberechtigungen auf personenbezogene Daten von ÖBH-Bediensteten im Allgemeinen und im Besonderen für den Bereich unseres S2/J2- sowie des nachrichtendienstlichen Personals (HNaa/AbWA) zu prüfen. Laut einer Anfragebeantwortung aus dem Finanzministerium hatten im Jahr 2013 bereits 62 externe Schnittstellenpartner/Dienstleister eine Zugriffsberechtigung auf die Bundes- und Personaldaten im BRZ.

Gefahr der gezielten illegalen oder „versehentlichen“ Verknüpfung von sensiblen Daten aus dem BigData-Pool. Geben wir unsere Staatsdaten in die „Hände“ ausländischer (meist US-) Dienstleister?

Trotz verschiedener schwerwiegender Datenvorfälle in Österreich, wie zum Beispiel dem BIEFIE-Datenskandal, dem illegalen Handel mit Gesundheitsdaten, Meldedaten, Bonitätsdaten, dem ÖBB-Datenskandal, Apotheken-Datenskandal, Datenskandal bei der Justiz mit Exekutionsdaten oder dem Verdacht des illegalen Sammelns von Visa-Daten, dem Verdacht der Mitarbeit an der neuen Gesundheitsakte ELGA durch NSA-nahe IT-Dienstleister, sieht die Republik anscheinend kein Problem darin, auch weiterhin externen meist US-Dienstleistern, Firmen und Konzernen unsere vertraulichen und kostbaren Staatsdaten von Bürgerinnen und Bürgern anzuvertrauen.



The Big Data Landscape



Abbildung 12: Landkarte von Big Data-Technologien und -Anbieter ¹⁹

¹⁹ <http://www.bigdatalandscape.com/>

EU-Kommissarin Neelie Kroes forderte im Rahmen einer EU-weiten Cyberkonferenz in Bonn, dass die EU eigene IT-Systeme entwickeln müsse, um auf der sicheren Seite zu stehen. Laut einem Kurierbericht teilt diese Erkenntnis auch der Vorstand des BRZ mit der Einschränkung, dass man neben US-Unternehmen wie IBM, Microsoft und anderen auch große europäische Hersteller wie SAP und lokale Dienstleister beschäftige. SAP Aufsichtsrat Jim Hagemann Snaube sah dies vor einigen Jahren anders:

„Ein Zusammenschluss einiger europäischer IT-Unternehmen mit dem Ziel, sich vom Weltmarkt abzugrenzen, macht überhaupt keinen Sinn“, sagte Hagemann der Nachrichtenagentur Reuters. „Die Idee eines staatlich verordneten europäischen IT-Champions ist von vornherein zum Scheitern verurteilt.“ Dies führe nur zu weniger Wettbewerb, Innovation und Wachstum in der global ausgerichteten Branche. Bundeskanzlerin Angela Merkel und andere Unionspolitiker hatten als Konsequenz aus der Ausspähaffäre um den US-Geheimdienst NSA gefordert, die Kräfte in Europas IT-Industrie nach dem Vorbild des Flugzeugbauers Airbus zu bündeln.

Marktführer SAP gelingt es anscheinend, mit „Lösungen für die innere Sicherheit“ im staatlichen Bereichen Fuß zu fassen

Das primäre Angebot heißt „SAP Investigative Case Management for Public Sector“ und scheint eine weitere Vorgangsverwaltung mit einfachen Mining-Möglichkeiten zu sein; offenbar versucht SAP, aus den Wirtschaftsverwaltungen heraus, in den operativen und dispositiven Bereich zu drängen. „Durch den Zugriff auf Informa-

tionen aus **Personalverwaltung** (ÖBH PM-SAP), **Haushaltsmanagement** (ÖBH HV-SAP), **Controlling** und **Logistik** (ÖBH PBCT-SAP) erhalten Sie eine ganzheitliche, vollständige und jederzeit aktuelle Sicht auf die Organisation“, so ein Werbeflyer aus dem Jahr 2008!

Die Standardsoftwarebibliotheken von SAP R/3 und BV-HOST bilden derzeit die Grundlage für die laufenden Systeme im BRZ. SAP will aber auch immer mehr Polizeibehörden, Nachrichtendienste und andere mit Sicherheitsaufgaben betraute Organisationen bei der Wahrnehmung ihrer Kernaufgaben unterstützen. Die neue Lösung „SAP Investigative Case Management (SAP ICM) for Public Sector“ deckt dabei alle Phasen eines sicherheitsrelevanten Vorgangs ab; vom Beginn der Untersuchung über deren weitergehende Bearbeitung und Analyse bis hin zum Abschluss des Falls und dessen Nachbereitung.

Führend auf dem BigData-Analysemarkt ist IBM mit Analyst's Notebook

IBM entwickelt unter dem Titel „Sicherheit und Justiz“ eine Software zur robusten Namenserkennung, Bildabgleich, Analyse von Videoüberwachung, Erschließung von Textdaten inkl. multilingualem Tagging, Query Expansion und vieles mehr. In der Bundestags-Drucksache 17/11130 (DEU) wird erwähnt, dass das BKA, Bundespolizei und Verfassungsschutz (dieser schon seit 1994!) in Deutschland die Software „Analyst's Notebook“ zur Datenanalyse und Datenforensik einsetzen.

Mit der Übernahme des Entwicklers i2 ist IBM Lieferant von Analyst's Notebook. Sowohl Geheimdienste, Nachrichtendienste, aber auch Controlling-Analysten in Wirtschaft, Forschung und Wissensma-

nagement sowie BigData-SAP-Forensiker in der Verbrechens- und Terrorbekämpfung sind bereits seit Jahren mit der professionellen Datenanalyse von BigData beschäftigt. Entsprechende Forschungsprojekte in Österreich (KIRAS) aber auch in der EU sowie der vorhandene Berufsmarkt an Spezialisten im Bereich SAP (Analyse/Forensik) bestätigen diese Entwicklung.

Wie sieht es nun beim Bundesheer mit der BigData-Sicherheit und den Datensicherheiten aus?

Die wichtigsten Analysetools auf dem Markt zur Auswertung von Massendaten im Bereich von SAP (BigData) sind derzeit IDEA, ACL, SAS, RayQ, AIS und Analyst's Notebook von IBM. Es ist nicht bekannt, welches dieser Softwaretools beim Bundesheer wo eingesetzt werden soll.

Die Redaktion versuchte über eine Presseanfrage an das BMLVS und Kabinett des Herrn Bundesministers Antworten zu vielen offenen Fragen im Bereich des Datenschutzes und der Sicherheit zur anstehenden Personaldaten-Transformation in Richtung SAP zu bekommen. Bis Redaktionsschluss lag keine Antwort dazu vor. Da aber von diesem Datentransfer, inklusive der künftigen Zugriffsregelungen, die gesamten Personaldaten aller Angehörigen des BMLVS betroffen sind, ist davon auszugehen, dass der Zentralkommission im BMLVS zeitgerecht in dieses Projekt eingebunden wird. Zu den Systemen HV-SAP, PM-SAP und PBCT-SAP wurde durch einen Angehörigen unserer Redaktion ein Auskunftsbegehren gem. Datenschutzgesetz 2000 an das BMLVS, Bundeskanzleramt, BMfF und an das Bundesrechenzentrum gestellt. Wir werden weiter darüber berichten. H.U.

Bataillon 33

Die Panzer sind weg, aber der OrgPlan für das Jägerbataillon noch nicht da

Die militärpolitischen Erwägungen im Rahmen der Strukturreform 2018 haben bewirkt, dass einer der traditionsreichsten mechanisierten Verbände des Bundesheeres, das Panzerbataillon 33, in ein Jägerbataillon umgewandelt werden soll. Die oberste Führung hat geplant und als erste Maßnahme gleich einmal die Kampfpanzer des Bataillons abgezogen. Nur der Plan ist nicht zu Ende gebracht, denn das Bataillon hat noch keinen OrgPlan als neues Jägerbataillon – die Bediensteten sitzen also zwischen zwei Stühlen. Dass dies ein Zustand ist, der viele Kaderleute frustriert und die Nachwuchsgewinnung erschwert ist offensichtlich. Major Martin Wiedermann, der Bataillonskommandant, skizziert im nachstehenden Interview eine Bestandsaufnahme.

BHG: Herr Major, seit wann besteht Ihr Bataillon als Kampfpanzerbataillon?

Mjr Wiedermann: Die seit 1956 bestehende I. Panzerabteilung der Panzertruppenschule wurde mit 1. August 1960 in das Panzerbataillon 33 umbenannt und übergeleitet. Somit ist das Panzerbataillon der älteste Panzerverband im Bundesheer und blickt auf eine langjährige Geschichte als schwerster Kampfverband mit unzähligen Einsätzen und einzigartigen Erfolgen in internationalen Wettbewerben zurück. Auch die älteste Patenschaft aus dem Jahre 1969,

abgeschlossen damals mit der Simmering-Graz-Pauker AG, der heutigen Siemens Transportation Systems, verankert das Panzerbataillon 33 in besonderer Weise in der Geschichte des Bundesheeres.

BHG: Wie hat das Kader diesen Bruch mit der mechanisierten Tradition aufgenommen?

Mjr Wiedermann: Auf der einen Seite überrascht, auf der anderen Seite doch auch gefasst. Überrascht weil nach ökonomischen Gesichtspunkten der Standort Zwölfaxing für den Fähigkeitserhalt am System Kampfpanzer gesprochen hat. Die einzigartige Ausbildungsinfrastruktur, wie die Übungsflächen und die vernetzten Simulations- und Ausbildungsmöglichkeiten des Institutes Pz&PzGren vom Einzelpanzer bis hin zum Bataillon; das war jedem Soldaten im Bataillon bewusst. Gefasst auf der anderen Seite, weil ich versucht habe, das Kader für den Fall vorzubereiten, dass die Entscheidung doch in eine andere Richtung fallen könnte. Anzeichen dahingehend hat es dann ab Mitte 2014 gegeben. Falsche Hoffnungen sind da Fehl am Platz; Wahrheit und Transparenz stehen im Vordergrund, das haben die Soldaten sich verdient.

BHG: Wie viele Kadersoldaten sind bereits zu anderen Dienststellen oder in andere Ressorts abgewandert?



“

Daten-Wissenschaftler haben Wege gefunden, vorherzusagen, wie Wähler wählen werden, wie Patienten eine Behandlung annehmen werden oder wie Kreditnehmer ihre Schulden zurückbezahlen werden. Es dauerte nicht lange, bis das Personalwesen entdeckt hat, dass die gleichen Technologien und Ansätze dazu eingesetzt werden können, um zu prognostizieren, wie sich Angestellte in Bezug auf Schlüssel-Metriken wie Fluktuation und Leistung verhalten werden.

Greta Roberts
CEO der Personalwirtschaft-Bertungsfirma Talent Analytics, 2014



Kommandoübergabe beim PzB 33